18.10. Anregungen Strafgefangener zur Kassation eines Urteils können unmittelbar an den Generalstaatsanwalt der DDR bzw. den Präsidenten des Obersten Gerichts der DDR, an den Staatsanwalt des Bezirkes bzw. den Direktor des Bezirksgerichtes, sofern es sich um ein Urteil eines Kreisgerichtes dieses Bezirkes handelt, gerichtet werden.

Wird vom Staatsanwalt des Bezirkes oder vom Direktor des Bezirksgerichtes eine Kassationsanregung als unbegründet zurückgewiesen, steht den Strafgefangenen das Recht zu einer weiteren Kassationsanregung an den Generalstaatsanwalt der DDR oder an den Präsidenten des Obersten Gerichts der DDR zu.

Wollen sich Strafgefangene wegen Anregung einer Kassation mit einem Rechtsanwalt in Verbindung setzen, ist ihnen der sich daraus ergebende Schriftverkehr und Besuch zu gewährleisten.

19. Anfertigung von Führungsberichten

19.1. Für die Anfertigung von Führungsberichten ist, sofern eine Antragsstellung auf Strafaussetzung auf Bewährung vorgesehen ist, der Vordruck SV 18 zu verwenden. In allen anderen Fällen ist ein formloser Führungsbericht zu fertigen.

19.2. Führungsberichte sind nur an den zuständigen Staatsanwalt, das Gericht, die Gnadenkommission, die Abteilung PM (bei Ausländern und Staatenlosen), die Abteilung Volksbildung, Referat Jugendhilfe (bei Jugendlichen) oder an die Verwaltung Strafvollzug zu übersenden.